

Bezugspreis:

Bezugspreis: Einzelheft 20 Pf., monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,20 Pf., halbjährlich 2,20 Pf., jährlich 4,00 Pf. ...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97 Expedition Moritzplatz 117 53-54

Freitag, den 21. April 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Anzeigenpreis:

Die einseitige Komparativformel kostet 12.- Pf. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 2.- Pf. ...

Anzeigen für die n.d.S. Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. ...

Die deutsche Verständigungsnote.

Die heute dem Präsidenten der italienischen Delegation überreichte deutsche Antwortnote hat folgenden Wortlaut: Deutsche Delegation. Genua, den 21. April 1922.

Herr Präsident!

Auf das von Ihnen gemeinsam mit dem Herrn Vorsitzenden der französischen, britischen, japanischen, belgischen, tschechoslowakischen, polnischen, jugoslawischen, rumänischen und portugiesischen Delegation unterzeichnete Schreiben vom 18. d. M. beehre ich mich folgenden zu erwidern:

Seit mehreren Jahren hat Deutschland die russische Sowjetrepublik anerkannt. Eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern über die Folgen des Kriegszustandes war jedoch notwendig, bevor die ordentlichen diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden konnten. ...

Die russische Verständigung war für Deutschland deshalb besonders wichtig, weil hier die Möglichkeit bestand, mit einem der großen am Kriege beteiligten Staaten

zu einem Friedenszustand zu gelangen,

der alle dauernde Schuldnerschaft ausschließt und von Grund auf erneute, durch die Vergangenheit nicht belastete freundschaftliche Beziehungen ermöglicht.

Deutschland ging nach Genua mit dem herzlichsten Wunsch auf gemeinsame Arbeit mit allen Völkern zur Wiederaufrichtung des leidenden europäischen Erdteils, im Vertrauen auf das wechselseitige Verständnis für die Sorgen aller seiner Glieder.

Die Vorschläge des Londoner Programms ließen die deutschen Interessen außer Acht. Ihre Unterzeichnung hätte drückende Reparationsansprüche Russlands gegenüber Deutschland hervorgerufen. Eine Reihe von Bestimmungen hätte dazu geführt, daß die Folgen der zaristischen Kriegsgesetze Deutschland allein zur Last gefallen wären.

Wiederholt hat die deutsche Delegation Mitglieder der Delegation der einladenden Mächte in eingehenden Besprechungen auf diese schweren Bedenken aufmerksam gemacht. Dies ist jedoch ohne Erfolg geblieben; vielmehr wurde der deutschen Delegation bekannt, daß

die einladenden Mächte Sonderverhandlungen mit Rußland eingeleitet hatten. Mitteilungen über diese Verhandlungen ließen darauf schließen, daß eine Verständigung binnen kurzem bevorstand, daß aber die Berücksichtigung der gerechten deutschen Wünsche nicht in Aussicht genommen war. Die deutsche Delegation ließ demgegenüber keinen Zweifel, daß sie gezwungen sei, ihre Interessen unmissbar zu vertreten, da sie sonst in die Lage gekommen wäre, sich in der Kommission einem Entwurf gegenüber zu sehen, der für sie unannehmbar, aber von der Mehrheit der Kommissionsmitglieder bereits vereinbart war. Der Vertrag mit Rußland ist deshalb am Sonntag

abend in genauer Uebereinstimmung mit dem bereits vor Wochen aufgestellten Entwurf unterzeichnet und alsbald bekanntgegeben worden.

Dieser Vorgang zeigt in aller Deutlichkeit, daß die deutsche Delegation den Weg der Verhandlungen mit Rußland nicht aus Mangel an Gemeinschaftsinstanzen, sondern aus zwingenden Gründen

befehrlieh hat. Er zeigt ebenso deutlich, daß die deutsche Delegation bestrebt gewesen ist, von ihrem Verfahren jede Heimlichkeit fern zu halten.

Es würde durchaus den Wünschen der deutschen Delegation entsprechen, wenn aus der Konferenz eine allgemeine Regelung der russischen Frage gelänge, und wenn in diese Gesamtregelung der deutsch-russische Vertrag eingefügt werden könnte. Die Möglichkeit hierfür ist sehr wohl gegeben. Der Vertrag greift in das Verhältnis beider Staaten zu Rußland in keiner Weise ein, auch ist er in jeder seiner Bestimmungen von dem Gedanken getragen, dessen Verwirklichung sie mit Recht als das Hauptziel der Konferenz bezeichnen, nämlich von dem Geiste, der das Vergangene als endgültig abgeschlossen ansieht und eine Grundlage für den gemeinsamen friedlichen Wiederaufbau zu schaffen sucht.

Was die weitere Behandlung der russischen Fragen auf der Konferenz betrifft, so hält auch die deutsche Delegation es für richtig, daß sie sich in den Beratungen der ersten Kommission über diejenigen Fragen, die den zwischen Deutschland und Rußland bereits geregelten Fragen entsprechen, nur dann beteiligt, wenn etwa ihre Mitarbeit besonders gewünscht werden sollte. Dagegen bleibt die deutsche Delegation an allen denjenigen der ersten Kommission übertragenen Fragen interessiert, die sich nicht auf die im deutsch-russischen Vertrage geregelten Punkte beziehen.

Die deutsche Delegation hat mit Genugtuung die Entwicklung begrüßt, welche die Verhandlungen der Kommissionen genommen

haben. Sie fühlt sich einig mit dem Geiste der Solidarität und des Vertrauens, der diese Arbeiten befeuert. Weit entfernt von dem Gedanken, sich von der europäischen Gemeinschaftsarbeit abzumenden, ist sie bereit, an den von der Konferenz von Genua zu erfüllenden Aufgaben im Sinne der Völkerverständigung und im Sinne des Ausgleichs östlicher und westlicher Wohlfahrt mitzuarbeiten.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Genua, 21. April. (E.E.) Der Generalsekretär der italienischen Abordnung, Giannini, wird von dem italienischen Außenminister Schanzer von einem Disziplinarat gestellt werden, denn man glaubt in ihm diejenige Persönlichkeit zu sehen, die von Rathenau über den Fortgang der deutsch-russischen Verhandlungen verständigt gewesen ist, ohne daß sie den Inhalt dieser Besprechungen an die italienische und englische Regierung weitergeteilt hat.

Die deutsche Note, deren Inhalt unseren im heutigen Morgenblatt ausgesprochenen Erwartungen entspricht, verdient Billigung, weil sie bei sachlicher Festigkeit überflüssige Schärpen des Tones vermeidet. Sie stellt den Vorgang, wie er sich bei dem plötzlichen Abschluß des deutsch-russischen Vertrags abgespielt hat, wahrheitsgemäß dar. Die deutsche Delegation hat bei diesem Abschluß offenbar unter dem Eindruck gestanden, daß Gefahr im Verzuge sei, da ein die Interessen Deutschlands schwer schädigender Vertragsabschluß zwischen der Entente und Rußland unmittelbar bevorstehe. Ob dieser Eindruck den Tatsachen entsprach, das zu untersuchen bleibt der geschichtlichen Forschung vorbehalten. Objektiv kann er unrichtig gewesen sein, subjektiv hat die deutsche Delegation zweifellos in dem guten Glauben gehandelt, daß ihr ein anderer Ausweg als der rasche Abschluß nun nicht mehr offen stehe.

Am meisten hat man der deutschen Delegation zum Vorwurf gemacht, daß sie hinter dem Rücken der Konferenz gehandelt habe; hierin wurde ein Unloyales Vorgehen erblickt. Die Note macht glaubhaft, daß die deutsche Delegation der Meinung war, sie habe ihre Absicht, mit Rußland abzuschließen, noch vor ihrer Ausführung der Konferenz deutlich genug zu erkennen gegeben. Hierbei mögen vielleicht Fehler und Mißverständnisse vorgekommen sein, aber der Vorwurf, die deutsche Delegation habe mit Absicht hinter dem Rücken der Konferenz gehandelt, läßt sich nicht aufrecht erhalten.

Frankreich und der Russenvertrag.

Paris, 21. April. (Havas.) Britische und Pariser Kreise sind der Ansicht, daß der Abschluß des deutsch-russischen Abkommens die Festigkeit Europas erschüttere und glauben daher, daß ein Zusammenschluß der Mächte der Großen und Kleinen Entente sowie Polens, das hauptsächlich gefährdet ist, auf die Genuefer Konferenz folgen müsse, damit Vorsichtsmaßnahmen besonders angesichts des vorgesehenen Abbaues der alliierten Kontrolle in Oberschlesien getroffen werden können, wo Waffen- und Munitionslager festgestellt worden sind. Frankreich wird seinen Alliierten seine Ansichten unterbreiten in der Hoffnung, daß sie die Notwendigkeit anerkennen werden, die neue allgemeine Lage zu prüfen.

Anmerkung des WTB.: Diese Meldung ist bezeichnend für den bekannten französischen Standpunkt. Was insbesondere die in Oberschlesien aufgefundenen Waffentlager anlangt, welche aus durchsichtigen Gründen für weitgehende Pläne benutzt werden sollen, so ist bisher noch gar nicht aufgeklärt, von wem diese Lager angelegt sind.

Paris, 21. April. (Havas.) Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note: Die Reparationskommission hat ihre Aufmerksamkeit dem in Rapallo am 18. April von Dr. Rathenau als Vertreter der deutschen Regierung und von dem Volkskommissar Tschitscherin als Vertreter der Regierung der Sowjetrepublik unterzeichneten Vertrag zugewandt. Im Laufe einer heute abgehaltenen Sitzung hat die Kommission beschlossen:

- 1. von der Kriegskostenkommission eine offizielle Kopie des Vertrages von Rapallo zu fordern,
2. ihre juristische Abteilung zu beauftragen, sofort und ohne das Einverständnis der erwähnten offiziellen Kopie abzuwarten, die Frage zu prüfen, ob und in welchem Maße der Vertrag von Rapallo die Bestimmungen des Vertrages von Versailles berührt, für den allein die Reparationskommission zuständig ist, insbesondere ob und in welchem Maße der Vertrag von

Wenn der sachliche Inhalt des Vertrags gerechtfertigt und der Wunsch ausgesprochen wird, er möge der Grundstein eines von gleichem Geiste getragenen allgemeinen Vertragsschlusses werden, so wird es viele im Ausland geben, die dieser Auffassung zustimmen, und wenige in Deutschland, die es nicht tun.

Schließlich wird man die Antwort auf die Anregung, Deutschland an den weiteren Russenverhandlungen nicht zu beteiligen, nur logisch und korrekt finden können. Der Nichtbeteiligung wird zugestimmt, soweit es sich um Fragen handelt, die durch den deutsch-russischen Vertrag bereits geregelt sind, bezüglich der übrigen werden Vorbehalte gemacht, indem gesagt wird, daß Deutschland daran interessiert bleibt. Hier könnte es vielleicht schwierige Unterscheidungen geben, über die aber die Praxis hinweghelfen wird.

Der ganze Gang der Angelegenheit läßt darauf schließen, daß die deutsche Note für die Entente keine Ueber-raschungen enthält und daß mit ihr der Zwischenfall beendet ist. Versuche, aus ihm weitere Störungen der Konferenz herzuleiten, dürften mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Selbst wenn sich Frankreich von der Konferenz zurückziehen wollte wäre die überwältigende Mehrheit der Teilnehmer zu ihrer Fortsetzung entschlossen.

Die Konferenz zeigt durch ihre Haltung, daß sie den blödsinnigen Lügen der französischen Chauvinisten-epresse über eine nationalbolshewistische Schwankung der deutschen Politik, ein deutsch-russisches Militärabkommen, gemeinsame Kriegsvorbereitungen usw. — „deutsche Truppen im polnischen Korridor“ — eine gerechte Würdigung angelassen läßt. Obwohl es unter vernünftigen Menschen überflüssig ist, solchen Unsinns zu widerlegen, sei auf die Tatsache hingewiesen, daß in der letzten Zeit innerhalb der deutschen Reichswehr überhaupt keine Ortsveränderungen vorgegangen sind, die zur Entstehung solcher unsinnigen Gerüchte auch nur den geringsten Anlaß hätten bieten können.

Zusammenfassend kann man sagen: Die deutsche Delegation hatte — ob aus wirklicher Not oder aus irtümlichem Glauben an eine unmittelbare Gefahr, sei dahingestellt — einen sehr raschen und gewagten Schritt unternommen. Sie hat aber dann verstanden, die aus diesem Schritt brohenden schweren Schäden stark zu vermindern, vielleischt, so darf man hoffen zu beteiligen. Geholfen hat ihr dabei der gute Wille der Engländer und der Italiener, die Konferenz zum Ziele zu führen, mehr vielleicht aber der plumpen Eifer, mit dem sich gewisse andere Kräfte auf den Zwischenfall stürzten, um die Konferenz an ihm zum Scheitern

Rapallo den Rechten und Vorrechten der Reparationskommission Abbruch tun kann.

Poincaré fordert Zwangsmaßnahmen.

Paris, 21. April. (W.T.B.) Das „Devoir“, dem die Verantwortung für seine Nachricht überlassen bleiben muß, schreibt, Poincarés Programm sei zuerst, England davon zu überzeugen, daß die Umstände einen sofortigen Abschluß des französisch-englischen Schutzvertrages notwendig machten, in dem die Klausel einzufügen sei, daß die militärische Allianz in Erscheinung trete, wenn Polen von den Deutschen oder Russen bedroht werde. Sobald dieser Punkt unterzeichnet wäre, würde die französische Regierung von England verlangen, sich wenigstens durch eine Geste an den Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland zu beteiligen, die dadurch gerechtfertigt seien, daß Deutschland ein Abkommen mit den Russen aufrecht-erhalte, das dem Friedensvertrag von Versailles zuwiderlaufe.

Das „Devoir“ fragt: Und wenn sich England an der Be-sehung des Ruhrgebiets nicht beteiligt? Und fährt dann fort: Denn darum handelt es sich. Und unser Generallstab ist seit einigen Tagen aktiv mit dieser Frage beschäftigt.

Im Zusammenhang damit verbreitet das Blatt das Gerücht, daß preussische Kavallerieeinheiten, sogenannte Polizeikräfte, schon im Korridor von Danzig zusammen-gezogen seien.

Dazu bemerkt W.T.B.: Soweit diese Meldung Verdächtigungen gegen Deutschland enthält, trägt sie den Stempel der Unwahrheit und Lächerlichkeit an der Stirn. Denn wie sollte Deutschland im Korridor auch nur einen Mann mobilisieren, ohne daß die Polen es wüßten und ohne daß sie sofort darüber ein großes Geschrei erheben? (Wir glauben an einen Uebermittlungsfehler. Daß ein ernstes Blatt wie „Devoir“ solchen Blödsinn verbreitet, scheint uns ausgeschlossen. Red. d. „V.“)

zu bringen. Herr Rathenau ist einen sehr gefährlichen Weg gegangen, aber auf ihm wurde der französische Chauvinismus wider Willen zu seinem Schutzhelme.

Vielleicht war dies alles ein Wettlauf des blinden Eisens, der bekanntlich nur schadet. Aber dann war, so will es scheinen, der französische der noch blindere.

Eine Anfrage an Lloyd George.

V. Sch. Genua, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Verlauf des gestrigen Presseempfanges bei Lloyd George richtete der Vertreter des „Vorwärts“ an den englischen Premierminister die Anfrage, ob er bei seinen Einleitungsreden, daß es Leute gäbe, die einen Mißerfolg der Konferenz wünschten, an Deutschland oder an Rußland gedacht habe.

Der Premierminister erwiderte darauf: Durchaus nicht. Ich habe diesen Eindruck niemals gewonnen, weder von den Russen noch von den Deutschen. Wie ich auch von dem Vertrag denken mag, so glaube ich doch nicht, daß Deutschland oder Rußland die Absicht gehabt haben, die Konferenz zu sabotieren.

Im weiteren Verlauf der Anfragen wies ein italienischer Pressevertreter auf den Gegenstand hin, der zwischen dem Vorwurf der Allogalität und der vorstehenden Erklärung Lloyd Georges besteht. Einerseits meine er zwar wohl, daß der deutsch-russische Vertrag sehr leicht zum Scheitern der Konferenz hätte führen können, aber andererseits meine er doch nicht, daß das in der Absicht der in Frage kommenden Staaten gelegen habe.

Lloyd George versuchte diesen Widerspruch zu lösen, indem er erklärte, daß die Absichten der beiden Mächte seiner Ansicht nach zwar keine schlechten gewesen seien, daß es aber trotzdem illogisch gewesen sei, in diesem Augenblick so zu handeln.

Zusammentritt des Ausschusses für Rußland

Ohne Rußland und Deutschland.

Paris, 21. April. (W.F.B.) Die Agence Havas meldet aus Genua: In den Unterredungen Lloyd Georges vor und nach dem Frühstück mit den Führern der alliierten Delegationen, denen sich die Vertreter der kleinen Entente angeschlossen hatten, war die Rede von der Wiederaufnahme der im Ausschuss für russische Angelegenheiten infolge des deutsch-russischen Vertrages unterbrochenen Arbeiten.

Die Alliierten hatten die russischen Vertreter am Sonnabend verständigt, daß sie die Besprechungen nicht wieder aufnehmen würden, solange sie nicht den ihnen gestellten Bedingungen zustimmten. Die russische Antwort, die heute übergeben wird, scheint nun nicht eine vollkommene Ablehnung zu sein. Infolgedessen handelt es sich darum, zu entscheiden, was der Ausschuss für russische Angelegenheiten tun wird. Barthou gab an, es könne von offiziellen Besprechungen mit den Vertretern Moskaus nicht die Rede sein. Er setzte hinzu, es sei sehr wünschenswert, die Vertreter der neutralen Staaten nicht mehr von den eingeleiteten Verhandlungen fernzuhalten. Alle alliierten Bevollmächtigten schlossen sich dieser Ansicht des französischen Delegierten an. Es wurde beschlossen, daß der Unterausschuss für russische Angelegenheiten morgen vormittag eine offizielle Sitzung abhalten soll, an der außer den Bevollmächtigten der fünf einladenden Mächte die Vertreter Schwedens, der Schweiz, Polens und Rumäniens teilnehmen sollen. Die deutschen und die russischen Vertreter werden nicht dazu eingeladen. Man wird eine erste Prüfung der russischen Antwort vornehmen und beschließen, ob man die Verhandlungen mit den Sowjetdelegierten fortsetzen soll oder nicht. Im Verlauf des Nachmittags wird dann der gleiche Unterausschuss offiziell mit den Russen zusammenkommen, wenn ihre Zustimmung, wie es wahrscheinlich ist, genehmigt wird.

Das Wirtschaftsprogramm der Russen.

Genua, 21. April. (Sonderbericht des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“.) Am Donnerstag tagte der Ausschuss für materielle Handels- und Wirtschaftsfragen. Krassin erklärte, daß Rußland grundsätzlich aus praktischen Erwägungen heraus vor-

läufig an der Aufrechterhaltung der Einfuhrverhote festhalten müsse. Erst wenn der Wiederaufbau innerhalb der einzelnen Staaten, das ökonomische Gleichgewicht zwischen den Staaten und die Stabilisierung der Währung erreicht sei, könne in Europa die Handelsfreiheit propagiert werden. Für Rußland handelte es sich aber nicht um unfreundliche, zollkriegerische, sondern um Maßnahmen, die verhindern sollen, daß Rußland in eine Kolonie verwandelt wird. Krassin forderte eine systematische Verteilung der Rohstoffe unter die einzelnen Länder und stellte eine spezielle Note über das russische Außenhandelsmonopol in Aussicht.

Der italienische Handelsminister vertrat den Standpunkt, die Grundsätze von Portorose auf alle Staaten anzuwenden. Er überreichte einen auf diesen Vorschlag ausgebauten Entwurf eines internationalen Abkommens, in dem sich die vertragsschließenden Staaten verpflichten, den Handel nicht durch Verbote zu erschweren, abgesehen von Gründen der öffentlichen Sicherheit, des sanitären Schutzes und von Waren, die Gegenstände des Staatsmonopols sind. Die Staaten sind berechtigt, sich gegenüber Gütern zu schützen, deren Auslandspreis unter dem Herstellungspreis im Einfuhrlande bleibt. In Zweifelsfällen ist das Internationale Schiedsgericht im Haag anzurufen.

Die englische Delegation überreichte einen Abänderungsvorschlag zum Londoner Memorandum.

Zum Schluß wurde folgendes Ergebnis festgestellt: Bis zum Montag, den 24., abends, sind sämtliche in Genua anwesenden Delegationen berechtigt, Vorschläge über weitere Diskussionsgegenstände außerhalb des Londoner Memorandums dem Ausschuss schriftlich zu unterbreiten. Der Ausschuss wird sich darüber schlüssig werden, ob er diese Gegenstände selbst behandelt, oder durch eine besonders einzusetzende Sachverständigenkommission behandeln lassen wird. In der Zwischenzeit soll im Anschluß an die Leitfäden des Londoner Memorandums mit der Diskussion fortgefahren werden.

Sowjetjustiz und Berliner Konferenz.

Wer sagt die Wahrheit?

Nachdem Lenin in der „Prawda“ Nadel und Buchar in wegen der politischen Zustände in bezug auf die Verhängung von Todesurteilen gegen die verhafteten Sozialrevolutionäre auf der Konferenz der drei Exekutiven gerüffelt hat, erklärt nun auch der russische Volkskommissar für Justizwesen, Kurski, daß der in Berlin übernommene Verzicht auf die Todesstrafe für das Moskauer Gericht nicht bindend sei.

Gegenüber diesen sicherlich autoritativen Erklärungen erscheint es doch nicht unwichtig daran zu erinnern, daß in der Reunionskommission der Konferenz von Nadel, Bucharin und Klara Zetkin mit Nachdruck erklärt wurde, die russische Regierung habe bereits vor der Berliner Konferenz auf die Verhängung von Todesurteilen verzichtet. Sie forderten unter Hinweis auf diese „Tatsache“, daß es an der fraglichen Stelle der gemeinsamen Erklärung heißen solle: „daß, wie in der Sowjetpresse bereits vor der Konferenz festgestellt wurde, in diesem Prozeß die Verhängung von Todesstrafen ausgeschlossen sein wird.“

Diesem Antrage wurde entsprochen, wie der veröffentlichte Wortlaut zeigt.

Wie kommt es nun, daß offenbar weder Lenin noch Kurski von diesen „Feststellungen der Sowjetpresse“ etwas wissen, die von den Vertretern der Dritten Internationale in Berlin übereinstimmend behauptet wurden?

Wer sagt hier die Wahrheit?

Die „Freiheit“, die auf der ersten Seite die gestrige gemeinsame Kundgebung der U.S.P. mit der K.P.D. feiert und unsere Partei wegen ihrer Nichtbeteiligung angreift, sieht sich genötigt, auf der dritten Seite derselben Nummer folgendes zu erklären:

Die Äußerungen der Moskauer Nachthaber, die sich um die in Berlin getroffenen Vereinbarungen nicht kümmern, stellen einen Verstoß gegen Treu und Glauben dar, der die

Herstellung der doch auch von den Kommunisten geforderten Einheitsfront völlig in Frage stellen muß. Darüber kann auch die Möglichkeit einer monarchischen Geste, der in Aussicht gestellten Begnadigung, nicht hinwegtäuschen. In demselben Augenblick, wo das deutsche revolutionäre Proletariat für die Integrität der russischen Revolution demonstriert hat, muß es geradezu als ein Hohn und eine Herausforderung wirken, wenn man in Moskau von den Sozialisten einen Verzicht „auf den bewaffneten Kampf und den Terror gegen die Sowjetregierung“ fordert. Die Antwort soll sich nicht auf alle Sozialrevolutionäre beziehen, besonders nicht auf diejenigen, die in den Kertern des Sozialismus schmachten. ... das sind nicht die Methoden, die zur Einheitsfront führen.

Die „Freiheit“ rechtfertigt damit das Fernbleiben unserer Partei von der gestrigen Kundgebung, das sie auf der ersten Seite getadelt hat.

Wilhelm II. und der Heldentod.

Zu diesem Thema, das infolge der Veröffentlichungen des Generals v. Eisenhart-Rothe neuerdings wieder erörtert wurde, liefert Max Springer in der „Deutschen Revue“ einen neuen Beitrag. Er gibt Erinnerungen des verstorbenen Wehrmarschalls Robert Dohme wieder, der dem Kaiser Friedrich in der letzten Zeit vor seinem Tode besonders nahe gestanden hatte. Darin erzählt Dohme unter anderem, daß gewisse Hoffreie den ehemaligen Kronprinzen, späteren Kaiser Friedrich, als seine tödliche Erkrankung bekannt geworden war, in Berlin behalten wollten, „damit er hier beschleunigt sterbe“. Der spätere Kaiser Wilhelm habe zu seiner Mutter gesagt: „Wäre Papa doch bei Wörth gefallen (19 Jahre früher). Das wäre glücklich gewesen!“ — „Aber, Wilhelm, rechnest Du das Glück, das er die ganze Zeit über genossen, rechnest Du das, unser aller Glück so wenig?“ — „Nein, es wäre doch besser gewesen!“

Man sieht daraus, daß sich die bekannte Vorliebe des letzten deutschen Kaisers für den Heldentod anderer sogar bis auf den eigenen Vater erstreckt hat. Er selbst hat freilich die günstige Gelegenheit, die sich ihm vier Jahre lang bot, unausgenutzt gelassen und zuletzt nach einem „inneren Kampf“, dessen Schilderung diese Untertanen nur mit Thränen im Auge lesen können, den gedachten Rückzug auf neutralen Boden angetreten.

Kundgebungen zum Tode Hues.

Namens der holländischen Bruderpartei telegraphiert uns Genosse Troefstra:

Tief erschüttert durch den Tod des verehrten und geliebten Parteifreundes Hues bezeuge ich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unser innigstes Beileid über diesen unheilbaren Verlust.

Rheinisch-Westfälische Pressestimmen.

Essen, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Die rheinisch-westfälische Presse aller Richtungen widmet mit wenigen Ausnahmen dem großen Bergarbeiterführer Hues Nachrufe. Besonders bemerkenswert ist ein Nachruf des kommunistischen „Ruhr-Echo“, in dem es u. a. heißt: „Auch wir Kommunisten schätzen Hues als einen Arbeiterführer, der wie kaum ein anderer vertraut ist mit den Bergarbeiterfragen und über ein reiches und tiefes Wissen verfügte. Wir waren nie des Toten besondere Freunde. Er wies dem ringenden Proletariat den nach unserer Meinung verkehrten Weg. In seiner Wahrheitsjagd glauben wir ihm das Zeugnis ausstellen zu können, daß er einer von den wenigen war, die es wirklich ernst meinten mit dem Sozialismus.“

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ kann auch am Grabe ihren Haß gegen den hervorragenden Vertreter der Bergarbeiter noch nicht überwinden. Sie verliert das Andenken des großen Toten mit dem Vorwurfe der Charakterlosigkeit zu belasten, indem sie u. a. schreibt, daß Hues bei Verhandlungen mit seinen wirtschaftlichen und politischen Gegnern sich schwankend zeigte und bei getroffenen Vereinbarungen unzuverlässig war.

Der Dollar gibt etwas nach.

Die nach den vorliegenden Meldungen aus Genua eingetretene Entspannung rief am heutigen Berliner Devisenmarkt ein ziemlich scharfes Angebot in ausländischen Zahlungsmitteln hervor. Der Dollar wurde um die Mittagsstunde mit 273 gehandelt.

Grillparzer: „Der Traum, ein Leben.“

Volksbühne.

In farbiger, ebenmäßig gerundeter Darstellung zogen die Szenen vorüber. Es war der trefflichen Regie Richard Reys gelungen, trotz der zahlreichen Verwandlungen die bunten Bilder in ungebrochener Fortgangs zu entwickeln. Die aufs äußerste verkürzten Zwischenzeiten wurden durch eine stimmungsvolle von Wolfsgang Zeller komponierte Musik ausgefüllt. Und dieser rasche Fluß war nicht mit dem Verzicht auf dekorative Wirkung, mit nur fast bedeutenden Hintergründen erfüllt. Die Heimat Rußlands mit dem weiten Ausblick auf die bewaldeten Hügelkuppen, die einsame Brücke, an der er dem Könige zum ersten Male begegnet und seinen Speer nach dem verfolgenden Ungeheuer schleudert, alle die Schauplätze, auf denen sich sein weiteres Schicksal abspielt, treten in plastisch-bühnenmäßiger Bildlichkeit hervor.

In Grillparzers Drama, zu dem ihm eine kleine Erzählung Voltaires den Anstoß gab, erscheint der Traum als Warner. Der Jüngling, in dem kleinen Hause seines Oheims ausgewachsen, sehnt sich aus der friedvollen stillen Enge dieser Existenz nach dem, was seiner knabenhaften Phantasie als höchster Lebensgipfel vorschwebt. Die sorgende Liebe Mirzas vermag ihn nicht zu halten. Sein ungemessen stolzes Selbstbewußtsein dünkt sich zu großen Taten ausermüht — zu Taten, die ihn in den angestauten Kreis der Könige erheben sollen. So nimmt er von den Seinen Abschied, um dann im Schlafe die Erfüllung seiner Wünsche und was die Erfüllung dieser aus ihm machen würde, zu erleben. Der Sinn für Ehre, der als bester Teil sich seinem Ehrgeiz verbindet, bäumt sich zu Anfang seiner Laufbahn gegen läugerischen Trug noch einmal auf. Indessen die Begier ist stärker. Ein geheimnisvoller Fremder hat den Drachen getötet. Der Zuspruch seines Begleiters, des Regers Janga, der die Verkörperung seines eigenen bösen Geistes ist, bringt ihn dazu, sich dem aus seiner Dynamik erwachenden Könige läugerisch als sein Erreiter auszugeben. Aus diesem Betrug, durch den er sich den Weg zum Hofe bahnt und die Liebe der schönen Königstochter gewinnt, spinnt sich die Kette immer schlimmerer Taten. Jede Spur von Dankbarkeit und Treue erlischt in Rußlands Herzen. Beträgt ist er der finstern Tyrann, bis ihm am Ende die gerechte Vergeltung trifft. Der Traum hat ihm enthüllt, was heimlich als Liebes des Bösen im Hintergrunde seines Ehrgeizes schlummert. Nach des Dichters Ratsschluß heilt ihn die Erschütterung. Ein anderer Mensch erwacht er, beglückt, an der treuen Mirza Seite ein Leben der Natur, frei von falschem Glanz und frei von Schuld, zu führen. Ein durchgängig intimes Aneinanderschließen von Traum und Wirklichkeit darf man von diesem Drama nicht verlangen. Es will Theater sein, will spannen durch den Apparat der Stofflichen Verwicklungen. Das Dichterisch-wesentliche faßt sich in dem gedrängten Reichtum des

zweiten Bildes zusammen, das die Begegnung mit dem Könige schildert. Aber der Bühnenaufbau ist in hohem Maße geschickt.

Ferdinand Steinhofer brachte in Gestalt und Spiel das stürmisch Jünglingshafte, die Leidenschaft des Helden kongenial zum Ausdruck. Eine sehr eindringlich bedeutsame Partnerin, namentlich in der großen Szene des zweiten Bildes, stand ihm Max Dietrichs feige, von rascher Liebe entflammte Prinzessin gegenüber. Der alte Oheim Rußans und der alte König waren durch Guido Herzfeld und Gustav Czimek gut vertreten. Charlotte Hagenbruch war eine schlichte Mirza. Herr Asper ein bei aller Bosheit in seinen Sprüngen und seiner Beweglichkeit nach des Dichters Intentionen zugleich humoristisch wirkender Regier. Das Publikum schien voller Teilnahme zu folgen. Nach dem Schluß erscholl starker, lang anhaltender Applaus.

Die aussterbenden Australier. Das selbe Schicksal, das den Ureinwohnern Nordamerikas, den Indianern, beschieden war, droht nun auch den Eingeborenen Australiens: das Aussterben. Die Australier, die dieses Land bewohnten, bevor die Kultur hier einbrang, werden bald fortgewischt sein vom Antlitz der Erde, jedenfalls dürfte in Neusüdwales schon die nächste Generation reinblütige Uraustralier höchstens noch als Schenswürdigkeiten erleben. Auch dies wird nur möglich sein, wenn man die Eingeborenen besser schützt als dies heute der Fall ist. Ueber das Schicksal der Australier in Neusüdwales äußerte sich der Vorsitzende des kürzlich begründeten Eingeborenen-Schutzamtes, Hedley, in sehr pessimistischer Weise. Viele der Stämme haben sich noch vor vierzig Jahren durch Kämpfe untereinander aufgerieben. Die Ueberlebenden zählten um diese Zeit 7000; seitdem sind sie auf fast 1000 zurückgegangen. In mehr als die Hälfte der Stämme an 1882 gab es noch 6540 reinblütige Eingeborene in Neusüdwales; sie waren 1892 auf 4458, 1902 auf 2880, 1912 auf 1917 und 1921 auf 1281 zurückgegangen. Die Zahl der Mischlinge, die 1882 2379 betrug, war in demselben Maße angewachsen. Die Schwarzen werden nach einem Wort Hedleys „von dem Hauch der europäischen Bevölkerung einfach fortgewischt, und nichts wird sie in größeren Gemeinschaften erhalten können“. Die größte Siedlung von reinblütigen Australiern, die es noch in Neusüdwales gibt, befindet sich bei Coronarant im südwestlichen Teil des Landes und umfaßt 42 Personen. Bei Runnymede in der Nähe von Anogole leben noch 27 Australier beisammen und bei Curaba 23. Diese Schwarzen wissen nach einer bitteren Bemerkung Hedleys „sehr viel mehr von der Sprache, dem Sitte und der Religion der Europäer als die gebildeten Weißen von ihnen wissen. Keine wissenschaftliche Körperschaft hat sich bisher der Erhaltung dieser Australier angenommen. Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit lassen kostbare Werte verkommen. Das primitive Leben dieser Ureinwohner, die unsere eigenen Vorfahren aus der Steinzeit ähneln, ihre tiefe Kenntnis der Tiere und Vögel, der Bäume und Kräuter, ihr eigenartiges und reich ausgebildetes Gesellschaftssystem, ihre Heiratsitten und ihre Zeichensprache, alles geht ohne Aufzeichnung und ohne Bedauern verloren.“

Filmwunder und Filmgeheimnisse. Täglich häufen und freuen sich Millionen über die Wunderwelt, die der Film erschaffen läßt. Aber nur wenige machen es sich klar, wie sie zustande kommt. Ingenieur Meyen hatte bisher kostbare Hörer und Zuschauer, als er in der Urania hinter die Kulissen des Films führte und an der Hand eines höchst instruktiven und interessanten Anschauungsmaterials die technischen Geheimnisse enthüllte. Zunächst gab er eine Uebersicht über die Vorläufer und die Entwicklung des Films und führte dann Proben der mannigfachen Filmarten von heute mit Erläuterungen vor. Wie die Wunder des Films (oft so einfach) „gemacht“ werden, wurde deutlich, Vergrößerung, Verkleinerung, Verlangsamung und Beschleunigung (Zeitlupe und Zeitraffer) sind die wesentlichsten Hilfsmittel. Dann wurde der Trickfilm, der meist von oben aufgenommen wird, erläutert. Auch der Werbe-, der Silhouetten-, der Sport- und Landschaftsfilm (vom Flugzeug aus) sowie schließlich der Unterseefilm mußten ihre Geheimnisse offenbaren. Aber die technische Einsicht geriet glücklicherweise die Illusion nicht, und so hatte das Publikum zur Belehrung eine genussvolle Uebersicht des Films gewonnen.

Künstler als Museumsleiter. In der französischen Kunstzeitschrift „Revue des Beaux-arts“ macht Gustav Kahn den Vorschlag, ein freiwilliges Museum zu errichten, und der „Temps“ hat diesem Gedanken lebhaften Beifall gezollt. Die offiziellen Stellen, schreibt Kahn, erkennen die neuen Talente nicht rechtzeitig genug. Daher sind die Galerien, die selten zu einer Zeit kaufen, da die Meister noch billig sind, später auf die Gebete von Dönnern angewiesen. Hier müßte ein „freiwilliges Museum“ eintreten. Ein enger Kreis von Kritikern, Künstlern und Vertretern des Staates hätte würdig befundene Künstler aufzufordern, eines ihrer besten Werke einzusenden, das dann ausgestellt wird. Nach ein paar Jahren kann der Berechtigter, der unterdessen durch die Ausstellung an hervorragender Stelle wesentlichen wirtschaftlichen Vorteil genossen hat, es zurückfordern und es durch ein anderes ersetzen. Eines auf jeden Fall wird Eigentum des Staates.

Zeichliche Pläne wurden nach der Revolution im preussischen Kultusministerium angeregt. Bei der Sterilität dieses Ministeriums in Romantik ist indes nichts daraus geworden. Für das vorernte Deutschland ist etwas Besseres doppelt notwendig. Und die Künstler, die die Ehren der Nationalgalerie oder der Galerie der Verbunden in ehemaligen Kronprinzenpalais in reichem Maße genießen, brauchen wirklich nicht ihre Werke — womöglich mit dem Zwischengewinn ihres Kunsthändlers belastet — dem Staat zu verkaufen.

Die internationale Esperanto-Konferenz zur Einführung des Esperanto-Unterrichts in den Schulen schloß am Donnerstag ihre Arbeiten ab. Einmütig wurde ein Antrag angenommen, den Regierungen einen Entwurf über die Einführung des Esperanto-Unterrichts zu unterbreiten, in dem sie sich gegenseitig zur Einführung der Weltsprache verpflichten. Der Antrag wird der nächsten Völkerverbänderversammlung unterbreitet werden.

Die Große Volkoper Berlin verabschiedete den jetzigen 1. Kapellmeister des Rannheimer Nationaltheaters Franz v. Sackstein für die kommende Spielzeit im Theater des Weltens als 2. Kapellmeister.

Keine Kartoffelumlage!

Lieferungsverträge sind in Aussicht genommen.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand unter dem Vorsitz des Reichsministers Feiler eine Besprechung mit den Regierungen der Länder über die Regelung der Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1922 statt. Die Versammlung stimmte darin überein, daß rechtzeitig Vorfrage getroffen werden müsse, um den in diesem Wirtschaftsjahr hervorgetretenen Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung im neuen Wirtschaftsjahr zu begegnen. Im Anschluß an frühere Beratungen wurde eingehend erörtert, ob eine Kartoffelumlage ausgeschrieben werden könne. Gegen einen von verschiedenen Seiten unterstützten Vorschlag, wenigstens einen Teil des Bedarfs durch eine Umlage sicherzustellen, wurden von anderen Teilnehmern ernste Bedenken erhoben. Insbesondere wurde von den Vertretern der für die Kartoffelaufbringung in erster Linie in Betracht kommenden Länder unter Hinweis auf die ablehnende Stellungnahme sowohl der überwiegenden Mehrheit der Städte wie der ländlichen Kommunalverbände die technische Durchführbarkeit einer solchen Maßnahme bezweifelt. Nach längerer Aussprache wurde in Aussicht genommen, den Abschluß von Lieferungsverträgen mit großen Verbraucherguppen zu fördern und auf eine vermehrte Wagenstellung zwecks schnellerer Versorgung der Bevölkerung hinzuwirken. Abschließend erklärte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, daß hiernach von der Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Ausschreibung einer Umlage zurzeit abzusehen sei und daß die Verhandlungen mit den Beteiligten über den freiwilligen Abschluß von Lieferungsverträgen mit größter Beschleunigung aufgenommen werden würden.

Wir halten für ausgeschlossen, daß in der Frage der Kartoffelversorgung damit das letzte Wort gesprochen sein könne. Das Wesen der Umlage besteht in der Preisregulierung. Zu Wucherpreisen kann man schon heute über jede Menge Kartoffeln Lieferungsverträge abschließen. Das bedarf nicht erst der Entscheidung der Sachverständigen. Wir verlangen aber eine Beeinflussung der Kartoffelpreise. Hier muß scharf zugegriffen werden.

Die Gewerkschaftsinternationale.

Eröffnungssitzung des Kongresses.

Rom, 21. April (Antel.) Gestern vormittag um 10 Uhr wurde hier der Internationale Gewerkschaftskongress eröffnet. Nach einer kurzen Ansprache des Präsidenten ergriff D'Arragona als Vertreter des italienischen Gewerkschaftsbundes das Wort zu einer kurzen Begrüßungsrede, in der er darauf hinwies, daß Italien zum ersten Male die Ehre habe, den Internationalen Gewerkschaftsbund als Ganzes bei sich zu empfangen. Er begrüßte dies um so mehr, als die Arbeiterchaft Italiens von jeher Solidarität und Internationalismus hochgehalten habe. In Genua würden die Verhandlungen von dem Standpunkt der nationalen Interessen aus geführt. In Rom jedoch solle

die internationale Solidarität

in den Vordergrund der Debatten gestellt werden. In Genua lehne man es ab, die Abrüstungsfrage zu erörtern. In Rom solle sie das Hauptthema sein. Das Protokoll müsse sich fester denn je zusammenschließen. Präsident Thomas führte nach ihm aus:

Wir vertreten hier 24 Millionen Arbeiter. Das ist die größte internationale Macht, die heute besteht. 20 Nationen sind hier vertreten. Es ist ein Zufall, daß gleichzeitig die Konferenz von Genua und der römische Kongress togen. Wenn wir auch wissen, daß die Konferenz von Genua der Wiederherstellung des Kapitalismus dienen soll, werden wir doch erklären, daß dort schwerwiegende Beschlüsse gefaßt werden, die auch für die Arbeiter aller Länder von größter Bedeutung sein werden. Er gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen in Genua in einem solchen Geiste geführt werden, daß

die Leiden der acht letzten Jahre

vergessen würden. Trotz aller Opfer des Krieges stehen in Europa heute eine Million Menschen mehr in Waffen als vor dem Kriege. Die Arbeiterchaft befindet sich in einer schwierigen Lage. Obwohl es 10 Millionen Menschen gibt, die geru arbeiten würden, können sie keine Arbeit finden. Dies sei die schwerste Anklage gegen die Zivilisation. Die Arbeiter der verschiedenen Länder seien aufeinander angewiesen. Der Internationalismus müsse der Kampf der Arbeiter sein. Obwohl die Arbeiter keine gemeinsame Sprache sprechen, verstanden sie einander doch, da sie

die gemeinsame Sprache der Menschlichkeit

reden. Die Amsterdamer Internationale war es, die die erste entgegengesetzte Aktion gegen die Blockade Russlands durchführte, die 180 000 Pfund Sterling für die russische Hilfsaktion ausbrachte. Ferner erinnert Thomas an den Kampf gegen Horthy-Ungarn und an die Aktion gegen die Munitionslieferungen Polens.

Die Amsterdamer Internationale

habe viel geleistet, ohne zu fragen, ob ihr auch in Sowjetrußland das Recht zur Propaganda gewährt bleibe oder nicht. Aus freien Stücken habe sie so gehandelt. Sie werde so auch weiter handeln, selbst wenn sie von den Russen wenig Dank dafür erntete.

Am weiteren Verlauf der Sitzung ergriff Jouhaux das Wort, der dem Kongress Mitteilung vom Ableben Hues machte, zu dessen Ehrung sich die Anwesenden erhoben. Es wurde beschlossen, an die Familie Hues und an den Bergarbeiterverband Beleidotelegramme zu senden.

Am Mittag besuchten die Kongreßteilnehmer die Confédération del lavoro, wo Jouhaux eine kurze Ansprache hielt.

Parteitag der belgischen Arbeiterpartei.

Der 33. Jahrestag der belgischen Arbeiterpartei tagte vom 15. bis 17. April in dem großen Saale des „Maison du Peuple“ zu Brüssel unter der Beteiligung von etwa 600 Teilnehmern. Neben den Berichten der Parteileitung, die ohne besondere Diskussion entgegengenommen wurden, beschäftigte der Parteitag sich mit einer Revision des Organisationsstatuts und der Frage der Doppelmandate. Besonders lebhaft gestaltete sich die Aussprache über die Frauenagitation und die Schulfrage. Der Abend des 15. April versammelte die Delegierten auf einem internationalen Meeting, auf dem Tom Shaw (England), Reihner (Tschechoslowakei), Krigs (Luxemburg), Tseretelli (Georgien), Van der Goes (Holland), Otto Weis (Deutschland) und Paul Faure (Frankreich) unter stürmischem Beifall die Grüße ihrer Parteien und deren politischen Anschauungen zur internationalen Situation zum Ausdruck brachten.

Generalsratswahlen in Frankreich. Durch einen Erfolg der französischen Regierung werden auf den 14. Mai die Neuwahlen für die erste Serie der Generalsrats- und der Arrondissementwahlen in allen Departements mit Ausnahme des Seine-Departements ausgeschrieben.

Verfallende Gräber.

Die Groß-Berliner Kirchhöfe haben sich ungeachtet mancher Schönheiten stets durch eine recht große Anzahl von Grabhügeln, um die sich wenige Jahre nach ihrer ersten Anlage niemand mehr kümmerte, unliebsam bemerkbar gemacht. Am trostlosesten sieht es da aus, wo die sogenannten „Armenleichen“ in Massenhügeln beigesetzt werden. Man hat hier gar nicht den Eindruck eines Friedhofes, sondern den eines mit Unkraut überwucherten Feldes, in dem über den wenig tiefliegenden Särgen, den bekannnten „Nasenqueisern“, wilde Raninchen ungehindert ihre Schlupfwinkel graben. Der Krieg hat die gute Absicht, auf städtische Kosten diese elenden Grabstätten, die als solche vielfach noch nicht einmal durch eine Nummerzahl kenntlich sind, würdiger auszustatten, vereitelt. Aber auch viele der bezahlten Grabstätten, bei denen die Biografie noch lange nicht abgelaufen ist, gehen schneller als vor dem Kriege dem Verfall entgegen. Die Angehörigen sind geldlich nicht mehr in der Lage, Gebote der Pietät so wie früher zu erfüllen. Wie die eingermachten würdigen Beerdigung heute mindestens 1500 M. kostet, so ist auch die Erhaltung der Grabhügel außerordentlich teuer geworden. Für mehrere hundert Mark hat man nur einen ganz dürftigen Grabdachstuhl. Allein das Begräbnis während der Sommermonate kostet durchschnittlich fünfzig Mark. Die Kosten für ganz einfache Grabsteine gehen gleich in die Tausende. Schließlich haben die hohen Fahrkosten nach den meist weit entfernten Friedhöfen auch den Besuch der Grabstätten sehr bedeutend verringert. Durch alle solche Umstände hat die Pflege der Gräber stark nachgelassen.

Die Jugend gegen den Krieg.

Zu einer Kundgebung gelockte sich die Versammlung der kriegsgegnerischen Jugend, die am Donnerstag in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums stattfand. Werner Janitschke, Sekretär der Weltjugendliga, sprach einige Begrüßungsworte und teilte mit, daß die Veranlassung internationalen Charakter trage, da Teilnehmer aus Frankreich, England, Desterreich und auch aus Estland erschienen waren.

Als erster Redner erhobt Walz-Wien das Wort. Er überbringt die brüderlichen Grüße der österreichischen Jugend und berichtet weiter von seiner Reise nach Frankreich. Eine dicke Mauer trenne uns leider. Hoff können wir sie nennen. Aber diese Mauer muß von der Jugend abgebaut werden. Als Gast der französischen Jugend stellte Paul Campergue-Paris fest, daß auch in Frankreich die Jugend auf dem Vollen sei. Es kommt oft vor, daß man an einem friedlichen Deutschland zweifle. Die kapitalistische Presse in allen Ländern werde immer die Dinge anders hinstellen, als sie sind, und die Jungen müßten das bekämpfen. Begrüßende Hände strecken sich diesseits und jenseits über die Grenzen. Die Jungen müssen alles tun, um zu verhindern, daß wieder ein Menschen-schächeln stattfindet. Es gebe ein nationales und ein soziales Frankreich, aber auch ein neues Deutschland neben dem alten. Gegen die sozialistischen Nationalisten müssen wir uns einigen. (Lebhafte Beifall.) Ein englischer Genosse überbrachte die Grüße der Antimilitaristen Englands. 6000 Menschen wurden während des Krieges ins Gefängnis gemauert, die sich geweigert hatten, eine Waffe anzurühren. Was habe jetzt das siegreiche England? 3 Millionen Arbeitslose und 70 Proz. des Nationalvermögens seien für Rüstungen verschleudert worden. Wir müssen alle geloben: Nie wieder Krieg! Der Vertreter Estlands, Juhanson, sprach nur wenige schlichte, aber erregende Worte von nachhaltiger Wirkung. Daraus ergriff Genosse Prof. Paul Destrach das Wort, der für eine bessere Erziehung der Jugend eintrat. Wir dürfen uns nicht mehr von jenen alten Rezeptbüchern beherrschen lassen, deren Rezept uns in das Blutbad geführt haben. (Lebhafte Beifall.) Nachdem noch Lemmer, Mohr, Fabian und Arthur Zidler gesprochen hatten, erschien Staatsminister von Brandenstein, der die Grüße des Republikanischen Reichsbundes überbrachte. Unter den Klängen des Liedes: „Wenn wir schreiten Seit an Seit“ wurde die Versammlung geschlossen.

Die letzten Mordfälle.

Die Türkenmorde noch immer nicht aufgeklärt.

Die unter dem Verdacht des Mordattentats auf die beiden Türken in Leipzig angehaltenen armenischen Studenten Verborian und Unanoff sind im Laufe des heutigen Tages nach Berlin gebracht worden, um hier sofort der Witwe Lalaat Paschas und anderen Zeugen gegenübergestellt zu werden. Frau Lalaat Pascha glaubte bekanntlich nach dem Mord in Verborian den jungen Mann zu erkennen, der sie bei dem Ueberfall zurückgeriffen hat. Die Väter beider junger Männer lebten früher in Rostow in Rußland und waren dort angesehene Groß-Industrielle, die auch mit hiesigen Industrie- und Banktreibern Verbindung hatten. In Rostow wurden auch ihre Söhne geboren und erzogen. Die Familien sind nicht türkische, sondern russische Armenier; alle Mitglieder sprechen und schreiben auch nicht armenisch, sondern russisch. Mit dem Vorhaben gegen die türkischen Armenier und mit ihrer Blutrache haben sie nichts zu tun. Beide Väter haben auch in Berlin noch Beziehungen zur Bank- und Industriewelt. Verborian ist Finanzbeirat der diplomatischen Vertretung der armenischen Republik. — Bei ihren weiteren Ermittlungen hat die politische Abteilung des Polizeipräsidiums festgestellt, daß am zweiten Ostertage, an dem in der Nacht der Doppelmord verübt wurde, in einem Restaurant in der Rörnberger Straße 39/40 eine Versammlung von Armeniern stattgefunden hat. Auf der Tagesordnung stand ein kleiner Vortrag über den gegenwärtigen Zustand Armeniens, die Wahl des Vorstandes und verschiedene. Die Einladung war unterzeichnet: Mit väterlichem Gruß. Der Vorstand. Es ist bereits gelungen, den Vortragenden und einige Teilnehmer, die sich auf 60 bis 80 Personen beliefen, zu ermitteln und zu vernehmen. Hiernach handelt es sich um eine unpolitische lediglich landsmannschaftliche Vereinigung der Armenier in Berlin, die nur den Zweck hat, die Landsleute über die Zustände im Vaterland zu unterrichten und mit diesem Gefühl zu halten. Ueber irgendwelche Politik sei, so sagen die Bernommenen aus, niemals verhandelt worden, von einer Geheimorganisation sei keine Rede.

Phantastische Gerüchte über Spikelmorde.

Das Verbrechen an der Weisenbrücke ist noch nicht weiter aufgeklärt. Es ist aber kaum zu bezweifeln, daß ein Verbrechen vorliegt. Die Zeugen, die bisher über den Vorgang vernommen wurden, sind durchaus glaubwürdige Männer und haben ihre Mitteilungen, die sachlich übereinstimmen, durchaus unabhängig voneinander gemacht. Auch der Droschkentreiber hat sich bereits gemeldet und gibt ebenso an, daß er, als er über die Brücke fuhr, Hülserufe hörte. Den Vorgang selbst beobachtete er nicht, er sah aber noch, daß zwei Männer in der Dunkelheit verschwand. Die Leiche ist noch nicht gefunden. Heute wird ein Taucher die in Betracht kommende Stelle der See absuchen. — Ein Gerücht will wissen, daß der Mord an dem Mädchen mit dem immer noch nicht aufgeklärten Leichenfund in der Sächsischen Straße zusammenhängt, und daß beide einen politischen Hintergrund hätten. Bis jetzt liegt darüber nur eine noch durchaus unklare Meldung vor. Ein unbekannter Mann, der sich als Kommunist ausgab, sagte durch den Fernsprecher: „Der Mann aus der Sächsischen Straße ist der Erste. Er hat als Spikelmörder die Kommunisten verraten. Auch eine Frau ist dabei.“ Bei alledem handelt es sich nach Ansicht der Polizei um bloße Redereien.

Der Leichenfund im Grunewald.

Unter dem dringenden Verdacht des Mordes an seiner Geliebten ist, wie wir mitteilen, der Hausdiener Max Springer aus der Kaiserallee 90 verhaftet worden. Springer wurde noch im Laufe der vergangenen Nacht von Kriminalkommissar Trellin eingehend verhört. Er bestreitet noch wie vor, Elsbeth Stahnke erschossen zu haben und bleibt dabei, daß das Mädchen selbst seinem Leben ein Ende gemacht habe. Nach seiner Darstellung lernte er seine Geliebte schon vor vielen Jahren kennen. Im Laufe der Zeit hatten sie sich wiederholt gegenseitig mit Geld aus. Jetzt zuletzt hatte Springer, wie er behauptet, an seine Geliebte eine Forderung von 500 Mark. Davon zahlte sie ihm, als er die Summe dringend zurückverlangte, 300 M., die sie aus ihrem Strumpfe nahm. Für den Rest dogegen kaufte sie sich einen Revolver, um sich das Leben zu nehmen. Weil die Waffe von seinem Gelde gekauft war, so nahm Springer sie an sich, nachdem das Mädchen sich damit erschossen hatte. Nach Geld und Geldeswert will Springer dagegen die Leiche der Toten erst gar nicht untersucht haben. Gefunden wurde in ihren Taschen gar nichts. Wie er sagt, sprach Springer die zu Boden gefallene noch an und fragte sie auch, ob er die Polizei holen solle. Als er aber keine Antwort mehr erhielt und sah, daß sie tot war, ging er weg. Einem Schankwirt erzählte er dann den Vorgang. Auch dieser fand sich nicht veranlaßt, der Polizei Mitteilung zu machen. Dieser Schankwirt, den Springer selbst genannt hat, wird heute von der Kriminalpolizei vernommen werden. Aber selbst wenn er die Erzählung Springers bestätigt, so beweist das noch keineswegs, daß dessen Darstellung auch richtig ist. Sie klingt vielmehr noch durchaus unwahrscheinlich. Den Revolver hat Springer für 140 M. verkauft.

Kinderfahrtscheine auf der Straßenbahn.

Aus Anlaß der geplanten neuen Erhöhung des Straßenbahn-Fahrpreises wird die Einführung besonderer Fahrtscheine für Kinder beabsichtigt. Wird der Fahrpreis für Erwachsene auf 4 Mark erhöht, so würde der Fahrpreis für Kinder bis zu 14 Jahren 2 Mark betragen. Eine Korrespondenz meldet, daß auf Veranlassung des Verkehrsamtes der Stadt voraussichtlich auch die Hochbahngesellschaft sich diesem Vorgehen anschließen würde.

Sonntagswanderungen der Volkshochschule.

Der Lehrplan für die neue Arbeitsperiode (April—Juni) enthält u. a. die Ankündigung von mehreren Arbeitsgemeinschaften, die in Form von zwanglosen Sonntagswanderungen unter sachverständiger Führung vor sich gehen. Prof. Dr. Deegener, der bekannte Biologe der Berliner Universität, wird 6 Lehrausflüge nach Finkenkrug, Birkenwerder, Strausberg, Tiefensee, Sakrower See und Postbruch-See leiten. Hierbei sollen die Tiere und Pflanzen der Heimat in der freien Natur beobachtet und besprochen werden. Gleichfalls auf 6 Sonntagsausflügen wird Dr. Krause, Rostos am Botanischen Museum, die Pflanzengesellschaft der Mark erläutern. Weiter in die Ferne schweifen die von Dr. Lewin geleiteten botanischen Exkursionen, in deren Rahmen eine Pfingstfahrt nach Venedig und ins Schwarzwald geplant ist. Mehr nach der zoologischen Seite orientiert ist die von Dr. Klose angeführte Arbeitsgemeinschaft, die auf Ausflügen in weiterer Umgebung neben der gemeinsamen Beobachtung des Bodens und der Pflanzen auch die Tierwelt berücksichtigen will. Auf den Spuren Fontanes wandeln die Brandenburgischen Jäger, die Dr. Krohn leitet. Besonders gründlich wird in Reulshaus und Lichtenberg gearbeitet, wo die Biologie der Mark zuerst in einem je achtstündigen Kursus behandelt wird, worauf sich erst die Lehrausflüge anschließen. Alles Nähere ergibt der große Arbeitsplan, der ebenso wie die Teilnehmerarten in den bekannten Verkaufsstellen sowie in der Geschäftsstelle, N.W. 7, Georgenstr. 34/36 (Dienststunden 8—4 Uhr, Freitag 8—6, Sonnabend 8—2) erhältlich ist.

Sturm gegen den „Fredericus“-Film.

Wohl kaum ein Film hat in Berlin jemals so viel Erregung verursacht wie der „Fredericus“-Reg-Film, den die Nationalisten der verschiedenen Länder als vorzügliches Werbemittel für ihre verworrenen Zwecke betrachten. Gestern Abend versammelten sich vor den Kukucks-Vichtspielen am Kottbuser Damm mehrere tausend Personen, die entschieden gegen dieses Wagnis demonstrierten. Die Erregung wuchs derartig, daß ein Teil der Protestierenden in das Kino eindrang und sich an die Einrichtung zu demolieren. Auf das Eingreifen der Schupo hin ließen sie von ihrem Vorhaben ab und gingen schließl. auseinander. — Diese Stellungnahme des Publikums erscheint nach den Kundgebungen, die dieser Film bei den nationalistischen Kreisen auslöste, durchaus verständlich, und es wäre nur zu angebracht, wenn der „Fredericus“-Reg endlich von dem Spielplan der Berliner Lichtspieltheater verschwände.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Der erste Werberische Spargel. Heute früh kam der erste Werberische Spargel nach Potsdam. Interessant war es zu beobachten, wie die Preise gemacht wurden. Die Bauern hatten sich schon vorher auf 15 Mark für das Pfund festgelegt. Die Potsdamer Händler lehnten aber einmütig diesen hohen Preis ab, und schließlich gelang es, den Spargel auf 10,50 Mark pro Pfund herunterzubringen. Im Kleinhandel kostete der Spargel 12 bis 13 Mark pro Pfund.

Die Trauerfeier für die beiden Opfer des armenischen Mordattentats, den Ex-Gouverneur Hernal Amy Bey und den Professor Dr. Baha Eddin Schahar Bey, findet statt am Montag, den 24. April, vormittags 11 Uhr, auf dem armenisch-antiken Friedhof, Hofenheide, gegenüber dem Garnisonkirchhof.

Auslösung der Edelstein Heilanstalt. Die große, weit über Berlin hinaus bekannte Edelstein Heilanstalt in Charlottenburg, Berliner Straße, wird in diesen Tagen vollständig aufgelöst. Die Kranken werden zum größten Teil in Neuruppin und Eberswalde Unterkunft finden. Am kommenden Mittwoch wird das gesamte Inventar zur Versteigerung gelangen. Eine Reichsbehörde hat den ganzen Häuserkomplex für sich in Anspruch genommen.

Ein harter Schneefall geht seit Mitternacht im ganzen Riesengebirge bis herunter ins Tal nieder. Auf der Kammerhöhe ist das Thermometer bis auf sechs Grad unter Null gesunken.

Bei den Explosionen in Monastir sind in einem Munitionsdepot mindestens 1500 Personen umgekommen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Kahl und veränderlich. Überwiegend bewölkt mit geringen Niederschlägen und frischen nördlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. Reichstagsgarten. Die Frauenversammlung am Freitag fällt aus.
27. Wkt. Sonnabend 7½ Uhr bei Weiser, Sausburgstr. 2. Sitzung Antifaschistischer Funktionäre und Ortsvereine. Tagesordnung: Die Neuwahl der Ortsvereine.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die in 2. Wungary, Rußland, hat die Reichsregierung für Maschinenfertigung und Reparaturen von Bobbinstraße 26 a nach Bobbinstraße 21, dort parterre, verlegt.

Gewerkschaftsbewegung

Die 46-Stunden-Woche der Textilarbeiter.

Beiratsung des deutschen Textilarbeiterverbandes.

Am Dienstag hielt der Verband eine außerordentliche Beiratsung im Berliner Gewerkschaftshaus ab, die sich infolge der bevorstehenden Kämpfe um die Erhaltung der 46-Stunden-Woche notwendig machte. Es wurden die Kampfmaßnahmen einer eingehenden Besprechung unterzogen. Der Streikleiter Feinhaus berichtete über die augenblickliche Kampflage im Münsterland, Bayern und Baden. Er fand ungeteilte Zustimmung des Beirats, als er sich gegen die sozialistischen Schriftsteller und Staatsmänner aussprach, die als Sachverständige die Unternehmerinteressen verteidigten und sich in Wort und Schrift gegen den Achtstundentag wendeten, weil dieser den wirtschaftlichen Wiederaufbau behindere. Diese Theoretiker beachteten nicht, daß die Unternehmer noch vielfach am Profitinteresse der Produktion sabotieren und für

den technischen Fortschritt in der Industrie jeden Blick verloren haben. Dann besprach Feinhaus die Beitragsfrage und stellte fest, daß nicht allenfalls den Generalversammlungsbeschlüssen von Plauen und Breslau gefolgt und ein Stundenlohn als Beitrag abgeführt werde. Das müsse anders werden. Die männlichen und weiblichen Mitglieder müßten in dieser Hinsicht endlich mit allen Machtmitteln der Organisation an ihre Pflichten erinnert werden. In der Diskussion wurde u. a. von Zwiemel, Bamberg, eine Reihe von Beispielen angeführt, nach welchen die Unternehmer, obwohl ihnen Rohstoffe, Aufträge und Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die Betriebe nur teilweise beschäftigen.

Die Sabotage der Unternehmer
 sei offensichtlich. Trotzdem verlange man eine Verlängerung des Arbeitstages. Die Arbeiter leisteten heute in der 46stündigen Arbeitswoche genau soviel wie früher, als der Arbeitstag 10 Stunden betrug. Eine Resolution des Referenten fand einstimmig Annahme.

Sie befragt, daß der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß die Begründung des Verlängerns der Textildustriellen auf Einführung der verlängerten Arbeitszeit nicht stichhaltig ist. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Textildustrie habe durch die 46stündige Arbeitswoche keineswegs gelitten. Den besten Beweis bilden die Gewinne der letzten Jahre. Der Beirat beauftragt den Zentralvorstand, mit allen Mitteln der Organisation die 46-Stunden-Woche zu erhalten.

Im Falle eines notwendigen Kampfes darum wird von der organisierten Textilarbeiterchaft strengste Disziplin erwartet. Zunächst wird die Erhebung wöchentlich Extrabeiträge in Höhe eines Stundenlohnes im Streikfalle vorgesehen.

Der Beirat weist das Ansehen gewisser wirtschaftlicher Sachverständiger, den Achtstundentag zeitweilig oder dauernd zu beseitigen, ganz energisch zurück. Pflicht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes müsse es sein, diese fogenannten sozialistischen Sachverständigen auf das Arbeiterchädigende ihres Verhaltens aufmerksam zu machen und ihre Argumente mit aller Schärfe zurückzuweisen.

Auf Antrag Böhm, Stuttgart, wurde beschlossen, daß der Zentralvorstand ermächtigt ist, zur Stärkung der Hauptkasse bei bevorstehenden Kämpfen Extrabeiträge auszusprechen. Der Kampf um die Erhaltung der 46-Stunden-Woche müsse mit aller Entschiedenheit durchgeführt werden. Nach der Annahme einiger anderer Resolutionen, die dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen wurden, fand die Konferenz ihren Abschluß.

Im Tarifstreit in der südbayerischen Textilindustrie wurde gestern, wie aus Augsburg berichtet wird, ein Schiedspruch gefällt, der die Regelung der Arbeitszeit dem Sozialausschuß der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Textilindustrie überweist. Die Parteien haben sich bis Sonnabend zu entscheiden. Die Arbeitnehmer erklären ihr Einverständnis mit der Leistung von 2 Überstunden in der Woche, für die die tariflichen Zuschläge zu zahlen sind.

Waisener und Landarbeiter.

Jur Waisener 1922 brachte „Der Landarbeiter“, das Organ des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, den Aufruf des ADVA und der LVA. Der Aufruf schließt bekanntlich mit der Aufforderung: Gestaltet den 1. Mai zu einem einflussreichen, würdigen Festtage der organisierten Arbeiter.

Die Redaktion des „Landarbeiter“ bemerkt hierzu, damit sei nicht die Durchführung einer Arbeitsruhe gemeint. Da bisher noch stets als die würdigste Form der Waisener die Arbeitsruhe galt, ist diese Bemerkung verfehlt. Etwas anderes aber ist es, wenn den Landarbeitern empfohlen wird, „angesichts der gegenwärtigen Situation in der Landwirtschaft (starker Mangel an Arbeitskräften in der Erledigung der Bestellerarbeiten)“ in diesem Jahre davon abzusehen, den 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe zu begehen. Jeder vernünftige Mensch muß sich sagen, daß bei dem langen Winter jetzt jeder Arbeitstag in der

Landwirtschaft besonders notwendig ist. Der 1. Mai ist leider noch nicht in allen Freistaaten des Reiches zum gesetzlichen Feiertag erhoben. Auch tarifvertraglich ist er wohl noch selten in der Landwirtschaft, so daß die Parole der Verbandsleitung zur Arbeitsruhe Konflikte heraufbeschwören könnte, in denen zwar auf der einen Seite das Recht der Landarbeiter steht, auf der anderen Seite aber sehr schwer zu entscheiden wäre, ob der Widerstand vom reinen Unternehmerstandpunkte aus klug ist, oder aber von der Notwendigkeit im Interesse der Allgemeinheit. Sicher wäre dabei nur, daß solche Konflikte außerordentlich schwere Schädigungen für unsere Ernährungswirtschaft bedeuteten. Besten Endes aber ist die Frage der jeweiligen Gewerkschaftsstatistik eine Angelegenheit, die nur nach genauer Kenntnis aller Umstände beurteilt werden kann.

Wenn in Sowjetrußland die Landarbeiter am 1. Mai arbeiteten, „freiwillig“ natürlich, dann würde ihnen das in der kommunistischen Presse als ein besonderes Verdienst angepriesen werden. Den Berliner Mostauern in der „Roten Fahne“ aber, denen das kommunistische Kollationsbedürfnis und der Haß gegen die „Gewerkschaftsbureauträger“ — solange sie nicht nach der kommunistischen Weise tanzen — über jede vernünftige Erwägung geht, ist die Parole der Landarbeiterorganisation nur ein Beweis für die Zweipoligkeit der Gewerkschaftsbureauträger. Die Verbandsleitung wird verächtlich, ihre besondere Stellungnahme davon lassen zu lassen. Damit den Agrariern und Kräftigern die Profite nicht gefährdet werden.

Diese nichtsnutzige Verächtlichkeit muß niedriger gehängt werden.

Erregung in der Reichsdruckerei.

Die seit längerem von der Direktion der Reichsdruckerei vorgenommenen Maßnahmen gegen die Angestellten der Reichsdruckerei haben den Angestelltenrat veranlaßt, seine Membran niederzulegen. Das Postministerium sowie die Direktion der R. P. gehen augenblicklich einen gefährlichen Weg, denn die Angestellten sind nicht gewillt, sich ihre gesetzlichen Rechte nehmen zu lassen. Da es augenblicklich hart auf hart gehen soll, wird dies nicht das letzte Wort sein.

Angestellte der Groß-Berliner Metallindustrie auf Antrag des ADVA-Bundes finden mit dem ADVA am Montag Verhandlungen über die Erhöhungen der Aprillohnsumme statt. Das Ergebnis wird mitgeteilt werden. ADVA-Bund, Ortsrat Groß-Berlin.

Stad- und Gipsbranche. Um in ständiger Fühlung mit den Betriebsvereinigungen innerhalb der Stad- und Gipsbranche zu bleiben, ist es unbedingt notwendig, daß alle Betriebsräte, Obleute und Bauabgeordneten umgehend ihre Adresse im Verbandsbureau abgeben. Die Gewählten müssen, wenn ihre Funktion erlischt, sich sofort abmelden. Die Sektionsleitung.

Wirtschaft

Echt kapitalistische Kohlewirtschaft.

Der U. S. Geological Survey, das angesehenste statistische Institut für Bergbau und verwandte Gebiete, veröffentlicht im New Yorker „Survey“ Kohlenmaterial, das Aufschluß gibt über die tiefere, gelegentlichen Ursachen des am 1. April ausgerufenen Streiks im Bergbau, der einen übermäßig ausgebauten, viel zu viel Personal unterhaltenden und unregelmäßig beschäftigten Erwerbszweig darstellt.

Bei einem möglichen Arbeitsjahr von 303 Tagen haben in den letzten dreißig Jahren die bituminösen Kohlenbergwerke nur tatsächlich durchschnittlich 215 Tage gearbeitet und somit 93 Tage oder 30 Proz. der Arbeitszeit auf Grund erzwungener Arbeitsruhe verloren. Selbst bei der gesteigerten Nachfrage nach Kohle während der Kriegszeit und der infolge der Dienstpflicht verringerten Arbeiterzahl betrug die Zahl der verlorengegangenen Arbeitstage noch 65 im Jahre 1917 und 59 im Jahre 1918. Bismarck wie auch nachher ist der Entgang an Beschäftigung pro Jahr nie geringer gewesen als 74 Tage und hat im Höchstmaß 1921 139 Tage erreicht, d. h. mehr noch als nach dem Finanzjahr von 1893.

Die Folgen dieser geringen und unregelmäßigen Beschäftigung für den Bergarbeiter liegen auf der Hand; sie bedeutet für ihn einen direkten Entgang an Einkommen und zwingt ihn, einen Tagelohn zu fordern, der ihm über die Tage hinweghilft, an denen er keine Arbeit hat. So erscheinen die Löhne des Kohlenarbeiters, verglichen mit den Löhnen in anderen Industrien und Betrieben, relativ hoch, derzeit etwa 7 bis 7½ Dollars. Aber der Bergarbeiter ist nicht der einzige, der unter diesen Schwankungen leidet. Für den Arbeitgeber bedeuten sie gesteigerte Kosten, geringere Profite, Schwierigkeiten in der Beschaffung und Beibehaltung einer geeigneten Arbeiterkraft, vermehrte Unsicherheit und Verwahrlosung der Betriebseinrichtungen.

In den zwanzig Jahren von 1900 bis 1919 waren die Bergarbeiter in den Vereinigten Staaten 1¼ Milliarden Arbeitstage unbeschäftigt. Die teilweise die übermäßige Betriebsausstattung der Bergwerke, die allzu große Zahl der Arbeiter und die ungenügend ausgenutzten Transporteinrichtungen allmählich werden, kann nur annähernd geschätzt werden; eine Schätzung von Unternehmern dürfte belaufen sich auf der Basis der Preise von 1920 auf jährlich 500 Millionen Dollars. Anders ausgedrückt: der Entgang an produktiver Arbeit in den zwanzig Jahren von 1900 bis

1919 entspricht ziemlich genau den aus Anlaß der amerikanischen Mobilisierung vom 6. April 1917 bis zum 11. November 1918 verlorengegangenen Arbeitstagen.

In aller Schwere gelten diese ungünstigen Umstände nur vom Steinkohlenbergbau; der Anthrazitbergbau hat durch Anlage von Lagerhöfen und durch Verwendung billigerer Sommerpreise die Zahl der jährlichen Arbeitstage wesentlich zu steigern vermocht. Entscheidend bleibt bei alledem, daß die jährliche Förderung in 1919 750 000 000 Tons betrug, denen ein jährlicher Höchstbedarf von nur 550 000 000 Tons gegenübersteht. Im Stein- und Braunkohlenbergbau werden fortgesetzt weitere Schächte abgeteuft mit der Folge eines sehr lebhaften Konkurrenzkampfes auf dem Kohlenmarkt der Vereinigten Staaten.

Die seitens der Unternehmer als Ursachen der Mißstände im allgemeinen in den Vordergrund gerückten „Arbeitslosigkeit“ und „Streiks“ und die „Wagenknappheit“ haben gegenüber der übermäßigen Zahl der Betriebe im Kohlenbergbau nur geringe Bedeutung; der Verlust infolge von Streiks betrug im Durchschnitt der letzten zwanzig Jahre nur 10 Proz. F. P. S.

Die Lebenshaltungskosten in England, die sich nach der amtlichen Statistik im März d. J. auf 186 (100 im Durchschnitt des Jahres 1913/14) stellten, weisen im April einen erneuten Rückgang auf 182 gegenüber 238 im April d. J. auf.

Bestimm. für den schätz. Teil: Franz Kille, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin; Verlag Vorwärts-Berlag G. m. b. H., Berlin; Deutscher Volksdruckerei-Verlag, Berlin; Paul Singer u. Co., Berlin; Ullstein, Berlin.

Gewinn-Auszug

19. Preuß.-Länd. (245. Preuß.) Klassen-Lotterie
 3. Klasse, 7. Ziehungsstag, 20. April 1922.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste und eine auf die beiden Abteilungen I und II

Die Gewinn.	Kaufpreis betragen.
2 RM 15000 M 131185	100 RM 10000 M 131185
5 RM 10000 M 33283 237803 266466	20 RM 6000 M 61226 100070 118240 201920 202375 237800 264512
10 RM 6000 M 61226 100070 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 3000 M 30613 50035 59120 118240 201920 202375 237800 264512
20 RM 3000 M 30613 50035 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 1500 M 15306 25017 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
40 RM 1500 M 15306 25017 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 750 M 7653 12508 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
80 RM 750 M 7653 12508 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 375 M 3826 6254 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
160 RM 375 M 3826 6254 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 187,5 M 1913 3127 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
320 RM 187,5 M 1913 3127 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 93,75 M 95,6 156,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
640 RM 93,75 M 95,6 156,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 46,875 M 47,8 78,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
1280 RM 46,875 M 47,8 78,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 23,4375 M 23,9 39,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
2560 RM 23,4375 M 23,9 39,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 11,71875 M 11,9 19,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
5120 RM 11,71875 M 11,9 19,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 5,859375 M 5,9 9,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
10240 RM 5,859375 M 5,9 9,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 2,9296875 M 2,9 4,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
20480 RM 2,9296875 M 2,9 4,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 1,46484375 M 1,4 2,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
40960 RM 1,46484375 M 1,4 2,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,732421875 M 0,7 1,2 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
81920 RM 0,732421875 M 0,7 1,2 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,3662109375 M 0,3 0,6 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
163840 RM 0,3662109375 M 0,3 0,6 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,18310546875 M 0,1 0,3 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
327680 RM 0,18310546875 M 0,1 0,3 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,091552734375 M 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
655360 RM 0,091552734375 M 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,0457763671875 M 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
1310720 RM 0,0457763671875 M 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,02288818359375 M 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
2621440 RM 0,02288818359375 M 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,011444091796875 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
5242880 RM 0,011444091796875 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,0057220458984375 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
10485760 RM 0,0057220458984375 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,00286102294921875 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
20971520 RM 0,00286102294921875 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,001430511474609375 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
41943040 RM 0,001430511474609375 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,0007152557373046875 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
83886080 RM 0,0007152557373046875 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,00035762786865234375 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
167772160 RM 0,00035762786865234375 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,000178813934326171875 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
335544320 RM 0,000178813934326171875 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,0000894069671630859375 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
671088640 RM 0,0000894069671630859375 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,0000447034835815154296875 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
1342177280 RM 0,0000447034835815154296875 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512	10 RM 0,0000223517417907577142934375 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2 0,4 0,7 1,4 2,8 5,7 11,5 23,0 46,1 92,3 184,7 3695 7390 14780 29560 59120 118240 201920 202375 237800 264512
2684354560 RM 0,0000223517417907577142934375 M 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,0 0,1 0,2	